

Zumeldung: 20 Jahre Einsatz der Landesarmutskonferenz für soziale Gerechtigkeit

Das Bündnis gegen Altersarmut Baden-Württemberg fordert Maßnahmen zur Bekämpfung der Altersarmut im Land. Es appelliert an die Landesregierung Baden-Württembergs, aus ihrem Anfang des Jahres veröffentlichten ersten Bericht zur gesellschaftlichen Teilhabe „Altersarmut in Baden-Württemberg“ konkrete Konsequenzen zu ziehen und Maßnahmen zu ergreifen, um der wachsenden Altersarmut in Baden-Württemberg entgegenzuwirken.

Ulf Hartmann, Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Baden-Württemberg: „Die Landesregierung steht in der Verantwortung, bereits frühzeitig Präventionsarbeit zu leisten. Dies gilt insbesondere für Frauen, für die das Risiko von Altersarmut sehr hoch ist. Viele können durch Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen oder aus anderen familiären Gründen nur einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, nicht selten im Niedriglohnsektor. In der Folge haben Frauen durchschnittlich weniger als halb so viel Rente wie Männer. Deshalb sollte eine häusliche Pflegezeit vollumfänglich zur Rente angerechnet und Familienpflegegeld analog zum Elterngeld eingeführt werden.“

Brigitte Rösiger, Geschäftsführerin des VAMV-Landesverbandes: „Geschiedene Frauen haben mit 36,9 % das höchste Armutsrisiko im Alter. Alleinerziehende Mütter und Väter brauchen gute Jobs, mit denen sie die Betreuung der Kinder vereinbaren können. Für sie und ihre Kinder sind zudem gute und verlässliche Betreuungs- und Bildungsangebote unerlässlich, auch an Randzeiten. Daneben brauchen gerade alleinerziehende Mütter und Väter flexible Hilfen, wenn die Arbeitszeiten mal länger sind, jemand krank wird etc.“

Darüber hinaus fordert das Bündnis mehr Anstrengungen bei der Umsetzung von Bildungsgerechtigkeit. Maike Schollenberger, stellvertretende ver.di Landesbezirksleiterin: „Kindern aus sozial benachteiligten Familien muss ein gleichberechtigter Zugang zu Bildung und somit langfristig zu besseren Einkommenschancen ermöglicht werden. Über hunderttausend Menschen im reichen Baden-Württemberg sind am Ende ihres oft langen und harten Erwerbslebens auf Grundsicherung angewiesen. Ohne Chance auf Verbesserung ihrer finanziellen Lage. Für bereits von Altersarmut betroffene Rentnerinnen und Rentner braucht es deshalb dringend eine armuts- und seniorengerechte Infrastruktur direkt vor Ort, im Quartier. Nur so können ältere Menschen, die oft sozial isoliert sind, in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld die notwendige Unterstützung erhalten.“

Das Bündnis ruft die Landesregierung dazu auf, ihre Verantwortung ernst zu nehmen und die notwendigen Schritte einzuleiten, um Altersarmut in Baden-Württemberg wirkungsvoll zu bekämpfen.